

43 4/12/92

**LANDTAG NORDRHEIN-WESTFALEN**

11. Wahlperiode

30.11.1992

**Vorlage**

an den Haushalts- und Finanzausschuß

Entwurf des Haushaltsgesetzes 1993



**Einzelplan 08 - Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie**  
**- Drucksachen 11/4200 und 11/4626 -**

**Bericht über das Ergebnis der Beratungen des**  
**Ausschusses für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie**

**Berichterstatter Abgeordneter Rudolf Apostel      SPD**

**Beschlußempfehlung**

Der Einzelplan 08 wird mit den aus dem Bericht (Anlage 2) ersichtlichen Änderungen angenommen.

## **Bericht**

### **A    Allgemeines**

Der Ausschuß für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie hat den Einzelplan 08 in seinen Sitzungen am 7. und 28. Oktober sowie am 4. und 25. November 1992 beraten.

Die Beratung erfolgte unter Einbeziehung der von der Landesregierung eingebrachten Ergänzungsvorlage (Drucksache 11/4626).

### **B    Anträge der Fraktionen**

#### **I.    Fraktion der SPD**

Zu Antrag Nr. 38 (Anlage 2).

Die Begründung zu diesem Antrag ist aus der Anlage 2 ersichtlich.

Zunächst hatte die SPD-Fraktion die folgende neue Zweckbestimmung der Titelgruppe 96 vorgeschlagen:

"Programm zur Förderung eines umwelt- und sozialverträglichen Tourismus in Nordrhein-Westfalen".

Aufgrund eines entsprechenden Vorschlags der CDU-Fraktion nahm der Ausschuß dann die aus der Anlage 2 (Nr. 38) ersichtliche Fassung an.

#### **II.    Fraktion der CDU**

Personaltitel (s. Anlage 1)

Die CDU-Fraktion ist der Auffassung, daß aufgrund der in den vergangenen Jahren vorgenommenen Veränderungen in der Wirtschaftsförderung des Landes Nordrhein-Westfalen der jetzige Aufgabenbereich des Ministeriums für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie mit dem vorgeschlagenen verminderten Personalbestand erfüllt werden kann. Die SPD-Fraktion und die Fraktion DIE GRÜNEN lehnten die Anträge u. a. mit dem Hinweis ab, daß stärker präzisiert werden müsse, welche Stellen genau jetzt nach Auffassung der CDU nicht mehr benötigt würden.

### III. Fraktion der F.D.P.

Die F.D.P.-Fraktion begründete ihre Kürzungsanträge vor allem damit, daß die hohe Verschuldung des Landes zu drastischen Einsparungen zwingt.

### IV. Fraktion DIE GRÜNEN

Die Anträge lfd. Nrn. 17, 18, 19, 32, 34, 35, 39 und 40 der Anlage 2, die einen Komplex bilden, wurden wie folgt begründet:

Die traditionelle Form unternehmensorientierter Regionalförderung, wie sie in der Gemeinschaftsaufgabe "Förderung der regionalen Wirtschaftsstruktur", dem EG-Ziel-2-Programm und den entsprechenden Landesprogrammen zum Ausdruck kommt, hat sich als wenig effizient und nicht mehr zeitgemäß erwiesen. Ihre Ziele müssen neu definiert, ihre Umsetzungsformen (Antrags- und Genehmigungsverfahren) reformiert und die Geltung der formulierten Ziele auch in der praktischen Vollzug sichergestellt werden.

Die wichtigsten Kritikpunkte an der heutigen Regionalförderung sind:

- Die Förderung zeichnet sich durch hohe Mitnahmeeffekte aus, d.h. die als "Erfolg" der Förderung ausgewiesenen Investitionen wären nachweislich auch ohne die Förderung erfolgt. Die Arbeitsgemeinschaft Selbständiger Unternehmer hat hierzu vielsagend erklärt, Unternehmer nähmen Geschenke - wie alle Menschen - gerne an. Eine bei 1.162 Mitgliedern durchgeführte Umfrage der Arbeitsgemeinschaft selbständiger Unternehmer (ASU, 12.11.92) belegt, daß 84% der subventionierten Unternehmen die geförderte Investition auch ohne Förderung durchgeführt hätten. 95% der Unternehmen befürworten einen Abbau der Subventionen, weil sie zu Wettbewerbsverzerrungen und Privilegien führen. "Sie verursachen ein ständiges Geschacher um den richtigen Umfang der Fördermittel und den Kreis der Förderberechtigten. Mit diesen Subventionsprogrammen wird ein Klima pfiffigen Abwartens gefördert."

- Ein wichtiges Förderkriterium ist nach wie vor der Exportanteil der geförderten Produktion (Exportbasistheorie), während der Beitrag zur regionsinternen Entwicklung nur gering bewertet wird. Hierdurch werden kleinere, lokal orientierte Projekte und arbeitsintensive lokale Dienstleistungs- und Handwerksbetriebe systematisch benachteiligt.
- Die Konzentration auf Investitionen (als Ausdruck der Wachstumsfixierung) und die Nichtfinanzierung der Folgekosten von Projekten (insb. Personalkosten) schränkt den Bereich der förderwürdigen Projekte erheblich ein. Die im Rahmen der Regionalpolitik durchgeführte Technologieförderung verhält sich gegenüber den geförderten Technologien "neutral", d.h. es werden Rationalisierungstechnologien genau so finanziert wie gentechnologische Anlagen oder Müllverbrennungsanlagen.
- Ökologische Ziele im Sinne der Vorsorge (ökologische Produkt- und Prozeßinnovation, Recycling, Schadstoffreduzierung etc.) werden faktisch nur ganz am Rande verfolgt; demgegenüber dominiert die wirtschaftsorientierte ökologische Nachsorge (Schaffung von Entsorgungsmöglichkeiten z.B. für Sondermüll, Hilfen für Unternehmen bei der Beseitigung ihrer Altlasten etc.).
- Soziale Ziele (Hilfen für Problemgruppen am Arbeitsmarkt wie Langzeit-Arbeitslose, Unqualifizierte, Behinderte etc.) bleiben faktisch weitgehend unberücksichtigt.
- In der Förderung fehlt (noch) der Gesichtspunkt "Entmilitarisierung". Als Folge der Ost-West-Entspannung und des Truppenabbaus im Mitteleuropa, die von allen politischen Kräften begrüßt werden, und der verringerten Rüstungsproduktion droht in einigen Regionen des Landes NRW eine Erhöhung der Arbeitslosigkeit und ein regionaler Entwicklungsrückstand, dem durch gezielte Hilfen entgegengewirkt werden muß. Eine Subventionierung von Unternehmen, die bislang an der Rüstungsproduktion gut verdient haben, muß dabei ausgeschlossen bleiben.

- Es fehlt eine systematische Zielerreichungskontrolle, die über entsprechende vertragliche Bestimmungen abgesichert ist. Wenn z.B. ein Unternehmen Fördermittel bekommen hat, weil damit Arbeitsplätze gesichert werden sollten, dann muß eine Rückzahlung der Fördermittel (ggfs. von der Muttergesellschaft oder durch Stellung von Sicherheiten) vertraglich gesichert sein und auch eingefordert werden in dem Fall, daß dieses Ziel nicht erreicht wurde.
- Es fehlt an einer systematischen Einbindung der geförderten Projekte in Gesamtkonzepte (Verkehrsplanung, V e r - u n d E n t s o r g u n g s p l a n u n g , Gewerbeflächenbevorratung etc.). An zahlreichen Beispielen läßt sich zeigen, daß die vorgegebenen Ziele nicht oder nur sehr unzureichend erreicht wurden.
- Die demokratische Kontrolle der Fördermaßnahmen ist unterentwickelt: Die Mittel werden vom Parlament genehmigt, ohne daß verbindliche Projektlisten vorliegen; auch während des Haushaltsvollzuges läßt sich kaum ein Überblick herstellen. Die "Regionen" werden zwar in einem sehr aufwendigen Verfahren formal beteiligt; die dort aufgestellten und beschlossenen Projektlisten werden jedoch im Zuge des Genehmigungsverfahrens im Ministerium nach nicht nachvollziehbaren Kriterien verändert, so daß am Ende offen bleibt, ob der Entscheidungsprozeß in den Regionen überhaupt einen nennenswerten Einfluß auf die letztendliche Förderung hatte. Die Kompetenzen der jeweils Beteiligten sind nicht definiert. Angesichts des extrem hohen Bürokratieaufwands und mittelfristig sinkender Fördermittel stellt sich die Sinnfrage dieser Förderverfahren immer stärker.

Deshalb sollen die vorhandenen Programme auslaufen zugunsten einer reorganisierten und transparenten, auf ökologische und soziale Vorsorge orientierten Förderung mit klarer Verantwortlichkeit der Landesregierung für die Vergabe von Landesmitteln. Die bisherigen Erfahrungen zeigen, daß die Auslegungsspielräume bei Anwendung der GA- bzw. EG-Programme sehr weit sind und eine Förderung kaum an restriktiven Programmkriterien der oberen Ebenen scheitert.

Die Reduzierung der Mittel zur Unternehmenssubventionierung muß flankiert werden durch eine Stärkung der Gemeindefinanzen über eine verbesserte Ausstattung des Gemeindefinanzierungsgesetzes (GFG), die Einrichtung einer Gemeindekammer auf Landesebene, die die Gemeindeebene betreffende Gesetze berät und beschließt (analog dem Bundesrat auf Bundesebene als Vertretungsorgan der Länder beim Bund) und eine Landesförderung für freiwillige interkommunale Zusammenschlüsse für konkrete Vorhaben, z.B. die gemeinsame Erschließung, Vermarktung und Bewirtschaftung von Gewerbeflächen.

Den Antrag, lfd. Nr. 46 (Anlage 2) begründete die Fraktion DIE GRÜNEN wie folgt:

Die Erhebung einer landesspezifischen Abgabe auf ungenutzte Abwärme ist

- a) unter ökologischen Gesichtspunkten wünschenswert,
- b) verfassungsrechtlich zulässig,
- c) zur Finanzierung ökologischer Aufgaben notwendig,
- d) (auch kurzfristig) zur finanziellen Entlastung des Landeshaushalts wünschenswert und
- e) industriepolitisch verkraftbar.

Zu a)

Eine Studie der Prognos AG für den Bundeswirtschaftsminister hat kürzlich festgestellt, daß die Energiepreise, gemessen an den gesellschaftlichen Kosten der Energieerzeugung (Waldsterben, Luftbelastung und Gesundheitsschäden etc.), viel zu niedrig liegen und damit falsche Marktsignale geben, ja geradezu eine Aufforderung zur Energieverschwendung darstellen. Die Energieeinsparung wird verhindert, obwohl sie volkswirtschaftlich rentabel wäre. Deshalb ist es nicht "marktwirtschaftswidrig", sondern marktkonform, auf eine politisch induzierte Anhebung der Energiepreise zu setzen. Die Abwärmeabgabe kann hierzu auf Landesebene einen Beitrag leisten.

Die Belieferung von Wohngebieten mit Niedertemperatur-Wärme für Warmwasser und Heizung über (Block-) Heizkraftwerke und ausgekoppelte Wärme aus industriellen Anlagen ist die ökologisch sinnvollste Form der Energieversorgung. Der Ausbau der hierfür erforderlichen Nah- und Fernwärmenetze stagniert allerdings in NRW: Bei Neubauwohnungen hat das Land NRW mit seinen zahlreichen Ballungsräumen nur einen halb so hohen Anschlußanteil an Fernwärme wie das Flächenland Bayern. Wenn hier nicht einschneidende Maßnahmen ergriffen werden, werden die Konkurrenz-Energieträger (insb. Gas) bald endgültige Fakten geschaffen haben.

Deshalb soll gemäß dem Verursacherprinzip mit Hilfe der Abwärmeabgabe die Verschwendung von Energie durch die ungenutzte Abgabe von Wärme in die Umwelt finanziell belastet werden; gleichzeitig muß vor allem das Nah- und Fernwärmenetz in NRW beschleunigt ausgebaut und die kommunale Energiepolitik finanziell gestärkt werden.

Flankierend muß eine flächendeckende Energieberatung für Kommunen und Unternehmen in NRW (analog dem Modell der Energieagentur in Wuppertal) bereitgestellt werden.

Zu b)

Eine Reihe von Landesparlamenten hat inzwischen die Vorteile und Chancen der Erhebung von Öko-Abgaben erkannt und hier Initiativen ergriffen: In Hamburg und Berlin gibt es Abgaben auf die Entnahme von Grundwasser; in Baden-Württemberg hat die dortige CDU-Mehrheit vor kurzem ein Gesetz zur Erhebung von Sondermüll-Abgaben verabschiedet. Auch das Land NRW hat mit seinem (viel zu niedrigen) Lizenzentgelt für die Betreiber von Mülldeponien im Prinzip diesen Schritt schon vollzogen.

Denn: Die Länder haben die Möglichkeit zur Gesetzgebung im Rahmen der konkurrierenden Gesetzgebung, solange der Bund nicht selbst seine Gesetzgebungskompetenz auf diesem Gebiete nutzt (Art. 72 I GG). Eine Abwärmeabgabe wäre erst dann unzulässig, wenn der Bund z.B. die (aus energiepolitischer Sicht überfällige) Primärenergie-Steuer erheben würde, wozu bislang allerdings bedauerlicherweise noch keine Anzeichen vorliegen. Im Gegenteil: Die Diskussion um die Energiesteuer hat gezeigt, daß die Länder sich mit dem Verweis auf den Bund aus der Affaire ziehen, der Bund mit dem Verweis auf die EG und die EG mit dem Verweis auf die wichtigen Industrieländer, die jeweils das

Problem global regeln müßten. Auf diese Weise wird es nie zu Preisen kommen, die die ökologische Wahrheit sagen.

Zu c)

Das Abwärmeaufkommen in NRW wird auf mindestens 10 000 000 t SKE (Steinkohleneinheiten) geschätzt; bei einem Abgabesatz von 50 DM/t wird ein Aufkommen von 300 Mio DM noch in 1991 geschätzt. Erst hierdurch entsteht der dringend erforderliche finanzielle Spielraum zur Umsetzung der Energiespar-Strategien, die im Rahmen der Klima-Diskussion eingefordert werden. Nur so lassen sich wichtige Maßnahmen zur energiepolitisch sinnvollen Abwärmenutzung unterstützen, insb. der Ausbau der Nah- und Fernwärme.

Zu d)

Die Erhebung einer Abwärmeabgabe ist kurzfristig umsetzbar, da entsprechende Überlegungen und Vorarbeiten weit ausgereift sind.

Ein solches Gesetz könnte im Rahmen eines Haushaltsbegleitgesetzes verabschiedet werden, wenn die politische Notwendigkeit erst einmal akzeptiert ist.

Zu e)

Die von der Abwärmeabgabe betroffenen Branchen (Betreiber von Großkraftwerken, Chemieindustrie etc.) sind sehr wohl in der Lage, eine entsprechende Abgabe zu zahlen. Mit der Abwärmeabgabe wird ein technologischer Impuls gesetzt, der der NRW-Industrie ein neues Betätigungsfeld eröffnet.

## C Gesamtabstimmung

Bei der Gesamtabstimmung wurde der Einzelplan 08 unter Einbeziehung der Ergänzungsvorlage und der angenommenen Änderungsanträge mit den Stimmen der SPD-Fraktion gegen die Stimmen der CDU-Fraktion, der F.D.P.-Fraktion und der Fraktion DIE GRÜNEN vom Ausschuß angenommen.

Dr. Schwericke  
Vorsitzender



**Änderungsanträge der Fraktionen  
im Ausschuß für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie  
zum Einzelplan 08**

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
1	CDU	<u>Kapitel 08 010 - MWMT</u> Titel 422 10 - Bezüge der Beamten (und Richter)  Abbau von 20 Stellen in 1993 Kürzung: 1 000 000 DM bei halbjähriger Auswirkung in 1993 Ansatz neu: 23 329 000 DM	Abgelehnt mit den Stimmen der SPD gegen die der CDU und F.D.P. bei Enthaltung der GRÜNEN
2	CDU	<u>Kapitel 08 010 - MWMT</u> Titel 425 10 - Bezüge der Angestellten Abbau von 10 Stellen in 1993 Kürzung: 500 000 DM bei halbjähriger Auswirkung in 1993 Ansatz neu: 11 925 000 DM	Abgelehnt mit den Stimmen der SPD gegen die der CDU und F.D.P. bei Enthaltung der GRÜNEN

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
3	CDU	<p>Kapitel 08 110 - Nachgeordnete Bergverwaltung  Titel 422 10 - Bezüge der Beamten (und Richter)</p> <p>Kürzung des Ansatzes  von 17 859 900 DM  um 357 180 DM  auf 17 502 720 DM</p> <p><u>Begründung:</u>  Die Kürzung des Titels im Personalbereich beruht auf einem 10% Stellenabbau verteilt über die nächsten 5 Jahre. Dies bedeutet für 1993 eine Kürzung des Ansatzes um 2 %</p>	<p>Abgelehnt mit den Stimmen der SPD und DIE GRÜNEN gegen die der CDU und F.D.P.</p>
4	CDU	<p>Kapitel 08 110 - Nachgeordnete Bergverwaltung  Titel 425 10 - Bezüge der Angestellten</p> <p>Kürzung des Ansatzes  von 8 016 200 DM  um 160 324 DM  auf 7 855 876 DM</p> <p><u>Begründung:</u>  Die Kürzung des Titels im Personalbereich beruht auf einem 10% Stellenabbau verteilt über die nächsten 5 Jahre. Dies bedeutet für 1993 eine Kürzung des Ansatzes um 2 %</p>	<p>Abgelehnt mit den Stimmen der SPD und DIE GRÜNEN gegen die der CDU und F.D.P.</p>

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
5	CDU	<p><u>Kapitel 08 160 - Eichverwaltung</u>  <u>Titel 425 10 - Bezüge der Angestellten</u></p> <p>Kürzung des Ansatzes  von 7 417 000 DM  um 148 340 DM  auf 7 268 660 DM</p> <p><u>Begründung:</u>  Die Kürzung des Titels im Personalbereich beruht auf einem 10% Stellenabbau verteilt über die nächsten 5 Jahre. Dies bedeutet für 1993 eine Kürzung des Ansatzes um 2 %</p>	<p>Abgelehnt mit den Stimmen der SPD und DIE GRÜNEN gegen die der CDU und F.D.P.</p>
6	CDU	<p><u>Kapitel 08 310 - Staatliches Materialprüfungsamt Dortmund</u>  <u>Titel 422 10 - Bezüge der Beamten (und Richter)</u></p> <p>Kürzung des Ansatzes  von 6 505 000 DM  um 130 000 DM  auf 6 374 000 DM</p> <p><u>Begründung:</u>  Die Kürzung des Titels im Personalbereich beruht auf einem 10% Stellenabbau verteilt über die nächsten 5 Jahre. Dies bedeutet für 1993 eine Kürzung des Ansatzes um 2 %</p>	<p>Abgelehnt mit den Stimmen der SPD und DIE GRÜNEN gegen die der CDU und F.D.P.</p>

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
7	CDU	<p>Kapitel 08 310 - <u>Staatliches Materialprüfungsamt Dortmund</u>  Titel 425 10 - Bezüge der Angestellten</p> <p>Kürzung des Ansatzes  von 18 118 000 DM  um 362 360 DM  auf 17 755 640 DM</p> <p><u>Begründung:</u>  Die Kürzung des Titels im Personalbereich beruht auf einem  10% Stellenabbau verteilt über die nächsten 5 Jahre. Dies  bedeutet für 1993 eine Kürzung des Ansatzes um 2 %</p>	<p>Abgelehnt mit den  Stimmen der SPD und  DIE GRÜNEN gegen  die der CDU und  F.D.P.</p>

Änderungsanträge der Fraktionen  
im Ausschuß für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie  
zum Einzelplan 08

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
1	F.D.P.	Sächliche Verwaltungsausgaben (ohne "Verfüngungsmittel" und "Sonstiges" aller Kapitel Titel: Obergruppen 51-54 ohne Gruppen 529, 531-546 Kürzung des Gesamtansatzes von 59,9 Mio. DM um 6,0 Mio. DM (ca. 10%)	Abgelehnt mit den Stimmen der SPD und der GRÜNEN gegen die der CDU und F.D.P.
2	F.D.P.	Sächliches Verwaltungsausgaben "Verfüngungsmittel" und "Sonstiges" aller Kapitel Titel: Gruppen 529, 531-545 Kürzung des Gesamtansatzes von 10,1 Mio. DM um 2,5 Mio. DM (ca. 25%)	Abgelehnt mit den Stimmen der SPD und der GRÜNEN gegen die der CDU und F.D.P.
3	F.D.P.	Baumaßnahmen aller Kapitel Titel: Hauptgruppe 7 Kürzung des Gesamtansatzes von 51,0 Mio. DM um 5,1 Mio. DM (ca. 10%)	Abgelehnt mit den Stimmen der SPD und der GRÜNEN gegen die der CDU und F.D.P.
4	F.D.P.	Beschaffungsmaßnahmen "Erwerb von beweglichen Sachen" aller Kapitel Titel: Obergruppe 81 Kürzung des Gesamtansatzes von 24,5 Mio. DM um 6,1 Mio. DM (25%)	Abgelehnt mit den Stimmen der SPD und der GRÜNEN gegen die der CDU und F.D.P.

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
5	CDU	<p>Kapitel 08 010 - Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie</p> <p>Titel 527 10 - Reisekostenvergütungen für Dienstreisen</p> <p>Kürzung des Ansatzes von 685 000 DM um 95 000 DM auf 590 000 DM</p> <p><u>Begründung:</u> Dieser Antrag steht im Zusammenhang mit den Anträgen 1 und 2 der Anlage 1 (Personal) auf Stellenkürzungen.</p>	Abgelehnt mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN gegen die der CDU und F.D.P.
6	DIE GRÜNEN	<p>Kapitel 08 030 - Förderung der Wirtschaft, insbesondere des Mittelstandes</p> <p>Titel 541 10 - Kosten für Präsentationsmaßnahmen im Rahmen von Messen, Ausstellungen, Kongressen usw.</p> <p>Kürzung des Ansatzes von 4 225 000 DM um 3 000 000 DM auf 1 225 000 DM</p> <p>Die Kürzung dient der beantragten Ansatzserhöhung bei 08 030, Titel 684 66</p> <p><u>Begründung:</u> Die Vorbereitung und Durchführung von Marketing-Maßnahmen ist ureigenste unternehmerische Aufgabe in einer Marktwirtschaft und sollte daher nicht mit öffentlichen Geldern finanziert werden. Diese 3 Mio. DM können für sinnvollere Aufgaben verwendet werden.</p>	Abgelehnt mit den Stimmen von SPD, CDU und F.D.P.

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
7	F.D.P.	<p><u>Kapitel 08 030</u> - Förderung der Wirtschaft, insbesondere des Mittelstandes</p> <p>Titel 541 20 - Maßnahmen im Bereich "Frau und Wirtschaft"</p> <p>Streichung des Ansatzes von 160 000 DM</p>	Abgelehnt mit den Stimmen von SPD, CDU und GRÜNEN
8	F.D.P.	<p><u>Kapitel 08 030</u> - Förderung der Wirtschaft, insbesondere des Mittelstandes</p> <p>Titel 653 10 - Förderung von örtlichen und regionalen wirtschaftspolitischen Initiativen</p> <p>Streichung des Ansatzes von 800 000 DM</p>	Abgelehnt mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN bei Enthaltung der CDU
9	SPD	<p><u>Kapitel 08 030</u> - Förderung der Wirtschaft, insbesondere des Mittelstandes</p> <p>Titel 661 10 - Kreditprogramm zur Förderung von kleinen und mittleren Unternehmen in NRW (KMU-Programm NRW)</p> <p>Es wird folgender zusätzlicher Haushaltsvermerk aufgenommen:  "Die Ausgaben dürfen bis zu 5 Mio. DM der Einsparungen bei Titel 661 69 überschritten werden."</p> <p><u>Begründung:</u>  Bei der Aufstellung des Haushalts 1993 gab es noch keine Erfahrungswerte bezüglich der Annahme des KMU-Kreditprogramms NRW. Um für einen noch nicht absehbaren Förderumfang im KMU-Kreditprogramm in 1993 finanzielle Vorsorge zu treffen, ist es erforderlich, den beantragten Haushaltsvermerk dort aufzunehmen.</p>	Angenommen mit den Stimmen der SPD und der GRÜNEN gegen die der CDU und der F.D.P.

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
10	CDU	<p><u>Kapitel 08_030</u> - Förderung der Wirtschaft, insbesondere des Mittelstandes</p> <p>Titel 661 10 - Kreditprogramm zur Förderung von kleinen und mittleren Unternehmen in NRW (KMU-Programm NRW)</p> <p>Erhöhung des Ansatzes von 32 000 000 DM um 800 000 DM auf 32 800 000 DM</p>	Abgelehnt mit den Stimmen der SPD, der F.D.P. und der GRÜNEN
11	CDU	<p><u>Kapitel 08_030</u> - Förderung der Wirtschaft, insbesondere des Mittelstandes</p> <p>Titel 682 10 - Zuschüsse zu den Betriebskosten der Gesellschaft für Wirtschaftsförderung Nordrhein-Westfalen mbH</p> <p>Kürzung des Ansatzes von 23 089 800 DM um 229 350 DM auf 22 860 450 DM</p>	Abgelehnt mit den Stimmen der SPD gegen die der CDU, der F.D.P. und der GRÜNEN
12	F.D.P.	<p><u>Kapitel 08_030</u> - Förderung der Wirtschaft, insbesondere des Mittelstandes</p> <p>Titel 682 10 - Zuschüsse zu den Betriebskosten der Gesellschaft für Wirtschaftsförderung Nordrhein-Westfalen mbH</p> <p>Kürzung des Ansatzes von 23 089 800 DM um 400 000 DM auf 19 089 800 DM</p>	Abgelehnt mit den Stimmen der SPD und der CDU gegen die der F.D.P. und der GRÜNEN



Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
13	DIE GRÜNEN	<p><u>Kapitel 08 030</u> - Förderung der Wirtschaft, insbesondere des Mittelstandes</p> <p>Titel 682 10 - Zuschüsse zu den Betriebskosten der Gesellschaft für Wirtschaftsförderung Nordrhein-Westfalen mbH</p> <p>Kürzung des Ansatzes von 23 089 800 DM um 8 000 000 DM auf 15 089 800 DM</p> <p><u>Begründung:</u> Die Ausgaben der Wirtschaftsagentur (Imagekampagne, Repräsentation, Ausland etc.) betragen rd 10,5 Mio. DM; die Effizienz dieser Ausgaben ist kaum belegbar. Eine Kürzung um 8 Mio. DM wäre verkraftbar, ohne daß die Öffentlichkeitsarbeit insgesamt eingestellt werden müßte.</p>	Abgelehnt mit den Stimmen der SPD, CDU und F.D.P.
14	CDU	<p><u>Kapitel 08 030</u> - Förderung der Wirtschaft, insbesondere des Mittelstandes</p> <p>Titel 685 19 - Beratungshilfen für Arbeitnehmerinitiativen zur Fortführung von Stilllegung bedrohter Betriebe</p> <p>Kürzung des Ansatzes von 600 000 DM um 100 000 DM auf 500 000 DM</p>	Abgelehnt mit den Stimmen der SPD und der GRÜNEN gegen die der CDU und der F.D.P.
15	F.D.P.	<p><u>Kapitel 08 030</u> - Förderung der Wirtschaft, insbesondere des Mittelstandes</p> <p>Titel 685 19 - Beratungshilfen für Arbeitnehmerinitiativen zur Fortführung von Stilllegung bedrohter Betriebe</p> <p>Streichung des Ansatzes von 600 000 DM</p>	Abgelehnt mit den Stimmen der SPD, der CDU und der GRÜNEN

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
16	DIE GRÜNEN	<p data-bbox="183 974 215 1187"><u>Kapitel 08 030</u> - Förderung der Wirtschaft, insbesondere des Mittelstandes</p> <p data-bbox="295 974 335 1590">Es wird ein Titel 685 neu "Förderung eines Vereins für eigenständige Regionalentwicklung"</p> <p data-bbox="446 974 526 1590">neu eingerichtet und mit einem Baransatz von 1 000 000 DM ausgestattet.</p> <p data-bbox="558 974 598 1590">In die Erläuterungen wird aufgenommen:</p> <p data-bbox="598 974 670 1590">"Die Mittel dienen der Finanzierung einer eigenständigen Regionalberatung im ländlichen Raum mit folgenden Aufgaben:</p> <ul data-bbox="670 974 821 1590" style="list-style-type: none"> <li>* Findung und Prüfung von Projektideen</li> <li>* Unterstützung örtlicher Initiativen im ländlichen Raum</li> <li>* Vernetzung, Durchführung von Seminaren und Ideenbörsen</li> <li>* Öffentlichkeitsarbeit, Kongresse, Ausstellungen etc."</li> </ul> <p data-bbox="861 974 901 1590"><u>Begründung:</u></p> <p data-bbox="901 974 1157 1590">Der "Verein für eigenständige Regionalentwicklung" wird eingerichtet, um die Bedingungen für eigenständige regionale Entwicklungen zu fördern, insbesondere entsprechende planerische, rechtliche und finanzielle Voraussetzungen zu erarbeiten. Nach dem Vorbild des hessischen "Vereins für eigenständige Regionalentwicklung" (VER) mit Sitz in Melsungen soll sich der Verein insbesondere mit folgenden Themen beschäftigen:</p> <ul data-bbox="1197 974 1508 1590" style="list-style-type: none"> <li>- Direktvermarktung</li> <li>- ökologisches Bauen</li> <li>- lokale landwirtschaftliche Rohstoffe (z.B. Flachs im bergischen Land)</li> <li>- dezentrale Energienutzung</li> <li>- Sanfter Tourismus</li> <li>- fachliche Begleitung wissenschaftlicher Projekte zur Entwicklung im ländlichen Raum</li> </ul>	Abgelehnt mit den Stimmen der SPD, der CDU und der F.D.P.

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
17	DIE GRÜNEN	<p>Der neue Titel umfaßt die Einrichtung von zehn Personalstellen und die Anmietung von Räumen zum Aufbau einer Geschäftsstelle sowie die entsprechenden Sachmittel. In den folgenden Jahren sind in den einzelnen Regionen des Landes weitere Geschäftsstellen einzurichten.</p> <p><u>Kapitel 08 030</u> - Förderung der Wirtschaft, insbesondere des Mittelstandes</p> <p>Titel 891 15 - Zuschüsse für Investitionen im Rahmen des Sonderprogramms für die Montanregionen der Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" (Landesanteil)</p> <p>Kürzung des Ansatzes von 95 581 000 DM um 30 000 000 DM auf 65 581 000 DM</p> <p><u>Begründung siehe Berichtsteil</u></p>	Abgelehnt mit den Stimmen der SPD, der CDU und der F.D.P.
18	DIE GRÜNEN	<p><u>Kapitel 08 030</u> - Förderung der Wirtschaft, insbesondere des Mittelstandes</p> <p>Titel 891 30 - Zuschüsse für Investitionen im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" (Landesanteil)</p> <p>Kürzung des Ansatzes von 137 275 000 DM um 40 000 000 DM auf 97 275 000 DM</p> <p><u>Begründung siehe Berichtsteil</u></p>	Abgelehnt mit den Stimmen der SPD, der CDU und der F.D.P.

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
19	DIE GRÜNEN	<p>Kapitel 08 030 - Förderung der Wirtschaft, insbesondere des Mittelstandes</p> <p>Titel 981 40 - Zuschüsse für Investitionen im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" (Bundesanteil)</p> <p>Kürzung des Ansatzes von 137 275 000 DM um 40 000 000 DM auf 97 275 000 DM</p> <p><u>Begründung siehe Berichtsteil</u></p>	Abgelehnt mit den Stimmen der SPD, der CDU und der F.D.P.
20	CDU	<p>Kapitel 08 030 - Förderung der Wirtschaft, insbesondere Mittelstandes</p> <p>Titelgruppe 61 - Handlungsrahmen für vom Kohlerückzug betroffene Regionen</p> <p>Titel 526 61 - Kosten für Gutachten, Sachverständige und ähnliche Kosten</p> <p>Kürzung des Ansatzes von 700 000 DM um 200 000 DM auf 500 000 DM</p>	Abgelehnt mit den Stimmen der SPD und der GRÜNEN gegen die der CDU und der F.D.P.

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
21	CDU	<p>Kapitel 08 030 - Förderung der Wirtschaft, insbesondere Mittelstandes</p> <p>Titelgruppe 61 - Handlungsrahmen für vom Kohlerückzug betroffene Regionen</p> <p>Titel 821 61 - Erwerb und Nutzbarmachung von Gewerbe- und Industrieflächen</p> <p>Ausstattung mit einem Ansatz von 896 880 DM</p> <p><u>Begründung:</u> Die CDU beabsichtigt, den investiven Bereich gegenüber dem konsumativen Bereich zu stärken.</p>	Abgelehnt mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN gegen die der CDU und der F.D.P.
22	CDU	<p>Kapitel 08 030 - Förderung der Wirtschaft, insbesondere Mittelstandes</p> <p>Titelgruppe 61 - Handlungsrahmen für vom Kohlerückzug betroffene Regionen</p> <p>Titel 831 61 - Erwerb von Beteiligungen und dgl. im Inland</p> <p>Streichung des Ansatzes von 8 470 000 DM</p>	Abgelehnt mit den Stimmen der SPD gegen die der CDU und F.D.P. bei Enthaltung der GRÜNEN

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
23	F.D.P.	<p><u>Kapitel 08 030</u> - Förderung der Wirtschaft, insbesondere Mittelstandes</p> <p>Titelgruppe 61 - Handlungsrahmen für vom Kohlerückzug betroffene Regionen</p> <p>Haushaltsvermerk:</p> <p>a) Der Haushaltsvermerk Nr. 2 "Die Mittel dürfen zusätzlich zu den an anderer Stelle des Haushaltsplans veranschlagten Mitteln verwendet werden (§ 35 Abs. 2 LHO)."</p> <p>wird ersatzlos gestrichen.</p> <p>b) Es wird folgender neuer Haushaltsvermerk angefügt:</p> <p>"Die Übertragbarkeit und Deckungsfähigkeit nach Nr. 1 bedarf der Zustimmung des Ausschusses für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie sowie des Haushalts- und Finanzausschusses, soweit 50 % der Ansätze überschritten werden."</p>	<p>Abgelehnt mit den Stimmen der SPD gegen die der CDU, der F.D.P. und der GRÜNEN</p>
24	F.D.P.	<p><u>Kapitel 08 030</u> - Förderung der Wirtschaft, insbesondere Mittelstandes</p> <p>Titelgruppe 61 - Handlungsrahmen für vom Kohlerückzug betroffene Regionen</p> <p>Titel 831 61 - Erwerb von Beteiligungen und dgl. im Inland</p> <p>Streichung des Ansatzes von 8 470 000 DM</p>	<p>Abgelehnt mit den Stimmen der SPD gegen die der CDU und der F.D.P. bei Enthaltung der GRÜNEN</p>

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
23	F.D.P.	<p>Kapitel <u>08_030</u> - Förderung der Wirtschaft, insbesondere Mittelstandes</p> <p>Titelgruppe 61 - Handlungsrahmen für vom Kohlerückzug betroffene Regionen</p> <p>Haushaltsvermerk:</p> <p>a) Der Haushaltsvermerk Nr. 2 "Die Mittel dürfen zusätzlich zu den an anderer Stelle des Haushaltsplans veranschlagten Mitteln verwendet werden (§ 35 Abs. 2 LHO)."</p> <p>wird ersatzlos gestrichen.</p> <p>b) Es wird folgender neuer Haushaltsvermerk angefügt:</p> <p>"Die Übertragbarkeit und Deckungsfähigkeit nach Nr. 1 bedarf der Zustimmung des Ausschusses für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie sowie des Haushalts- und Finanzausschusses, soweit 50 % der Ansätze überschritten werden."</p>	Abgelehnt mit den Stimmen der SPD gegen die der CDU, der F.D.P. und der GRÜNEN
24	F.D.P.	<p>Kapitel <u>08_030</u> - Förderung der Wirtschaft, insbesondere Mittelstandes</p> <p>Titelgruppe 61 - Handlungsrahmen für vom Kohlerückzug betroffene Regionen</p> <p>Titel 831 61 - Erwerb von Beteiligungen und dgl. im Inland</p> <p>Streichung des Ansatzes von 8 470 000 DM</p>	Abgelehnt mit den Stimmen der SPD gegen die der CDU und der F.D.P. bei Enthaltung der GRÜNEN

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
25	DIE GRÜNEN	<p><u>Kapitel 08 030</u> - Förderung der Wirtschaft, insbesondere Mittelstandes</p> <p>Titelgruppe 61 - Handlungsrahmen für vom Kohlerückzug betroffene Regionen</p> <p>Die Titel</p> <p>429 61 "Personalausgaben für den Hochschulbereich"</p> <p>712 61 "Fachhochschule Gelsenkirchen"</p> <p>713 61 "Institut für Mobil- und Satellitenfunk"</p> <p>799 61 "Große Neu-, Um- und Erweiterungsbauten im Hochschulbereich"</p> <p>812 61 "Erwerb von Geräten etc. im Hochschulbereich"</p> <p>831 61 Erwerb von Beteiligungen und dgl. im Inland</p> <p>werden aus der Titelgruppe 61 in den Einzelplan 06 "Wissenschaft und Forschung" umgesetzt.</p> <p><u>Begründung:</u>  Bei den o.g. Ausgabepositionen handelt es sich um Pflichtaufgaben aus dem Bereich "Wissenschaft und Forschung", die im Einzelplan des dafür zuständigen Ressorts (06) ausgewiesen werden sollten.</p> <p>Die Ausweisung von Landesausgaben nach dem Regionalprinzip anstelle des Ressortprinzips verletzt den Grundsatz der Haushaltsklarheit. Würde diesem Ansatz gefolgt, müßte z.B. die Hochschulförderung nach Regionen aufgliedert dargestellt werden - vielleicht mit dem Ergebnis, daß andere Regionen als die Kohlereionen eine höhere Förderung erhalten.</p> <p>Umgekehrt sollten im Einzelplan des Wirtschaftsministers nur originäre Wirtschaftsförderungsmaßnahmen ausgewiesen werden. Der hier aufgeblähte "Handlungsrahmen Kohlereionen" dient nur dem Zweck, besondere Anstrengungen für die Kohlereionen vorzutäuschen.</p>	<p>Abgelehnt mit den Stimmen der SPD gegen die der CDU, der F.D.P. und der GRÜNEN</p>



Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
26	F.D.P.	<p>Durch diese Veranschlagung wird verschleiert, daß die Ist-Ausgaben für originäre Wirtschaftsförderung in der Vergangenheit - offenbar aus Mangel an geeigneten Projekten - deutlich hinter den Soll-Ansätzen zurückblieben. Haushaltsklarheit und -wahrheit verlangt aber, daß solche Entwicklungen auch im Haushaltsplan deutlich werden.</p> <p><u>Kapitel 08 030</u> - Förderung der Wirtschaft, insbesondere Mittelstandes  Titelgruppe 64 - Förderung von Modellversuchen im Bereich neuartiger, erwerbswirtschaftlich orientierter Unternehmensgründungen  Titel 683 64 - Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen  Streichung des Ansatzes von 2 300 000 DM</p>	Abgelehnt mit den Stimmen von SPD, CDU und DIE GRÜNEN
27	F.D.P.	<p><u>Kapitel 08 030</u> - Förderung der Wirtschaft, insbesondere Mittelstandes  Titelgruppe 65 - Finanzhilfen für die Sicherung von Arbeitsplätzen in Wirtschaftsunternehmen und freiberuflichen Praxen  Titel 661 65 - Schuldendiensthilfen an öffentliche Unternehmen  Streichung des Ansatzes von 609 000 DM</p>	Abgelehnt mit den Stimmen von SPD, CDU und DIE GRÜNEN

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
28	F.D.P.	<p><u>Kapitel 08 030</u> - Förderung der Wirtschaft, insbesondere Mittelstandes</p> <p>Titelgruppe 66 - Verbraucheraufklärung, Verbraucherschutz, Verbraucherschutz</p> <p>Kürzung des Gesamtansatzes von 15 067 700 DM um 2 300 000 DM auf 12 767 700 DM</p>	Abgelehnt mit den Stimmen der SPD, der CDU und der GRÜNEN
29	DIE GRÜNEN	<p><u>Kapitel 08 030</u> - Förderung der Wirtschaft, insbesondere Mittelstandes</p> <p>Titelgruppe 66 - Verbraucheraufklärung, Verbraucherschutz, Verbraucherschutz</p> <p>Titel 684 66 - Zuschüsse für laufende Zwecke an Verbraucherverbände</p> <p>Erhöhung des Ansatzes von 14 707 700 DM um 8 000 000 DM auf 22 707 700 DM</p> <p>In die Erläuterungen wird aufgenommen:</p> <p>"Die Mittel dienen</p> <p>a) der 50%-Finanzierung von weiteren kommunalen Beratungsstellen</p> <p>b) der institutionellen Förderung der Verbraucherinitiative Bonn (in Höhe von 1 Mio. DM)</p> <p>Diese Erläuterungen sind verbindlich.</p>	Abgelehnt mit den Stimmen der SPD, der CDU und der F.D.P.

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
		<p><u>Begründung:</u>  Die Förderung der VerbraucherInnenberatung ist sehr wohl eine öffentliche Aufgabe in einer Marktwirtschaft:</p> <p>Verbraucherinnen und Verbraucher befinden sich gegenüber den Anbietern strukturell im Nachteil: Sie verfügen über fehlerhafte, unvollständige oder irreführende Produktinformationen, haben kaum juristische Kenntnisse oder juristischen Beistand und lassen sich mit psychologisch ausgefeilten Methoden leicht beeinflussen.</p> <p>Die kommunalen Verbraucherberatungsstellen und die Verbraucherinitiative Bonn dienen auf verschiedenen Wegen dem gleichen Ziel, diese strukturellen Nachteile der VerbraucherInnen zu verringern und gleichzeitig ökologische und soziale Mängel zu bekämpfen. Hierzu dienen u.a. die SchuldnerInnenberatung und die Information über ökologisch verträgliche Produkte.</p> <p>Die Vorgabe der Landesregierung, die Gemeinden NRWs flächendeckend mit Verbraucherberatungsstellen auszustatten, ist noch weitgehend unerfüllt: Von 396 Gemeinden in NRW haben nur rd. 50 eine solche Einrichtung. Insbesondere die Verpflichtungsermächtigungen dienen dazu, die Kommunen zu ermutigen, ihrerseits entsprechende Mittel in ihre Haushalte einzustellen und damit eine gemeinsame Finanzierung neuer Verbraucherberatungsstellen zu ermöglichen.</p>	

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
30	DIE GRÜNEN	<p><u>Kapitel 08 030</u> - Förderung der Wirtschaft, insbesondere des Mittelstandes</p> <p>Titelgruppe 68 - Zuschüsse zur Verbesserung der Ausbildungschancen benachteiligter Jugendlicher</p> <p>Titel 684 68 - Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen</p> <p>Erhöhung des Ansatzes von 12 922 000 DM um 8 000 000 DM auf 20 922 000 DM</p> <p><u>Begründung:</u> Eine Kürzung der Mittel für Ausbildungsplätze unter das Niveau von 1990 ist angesichts der nach wie vor bestehenden quantitativen und noch stärker qualitativen Probleme auf dem Lehrstellenmarkt nicht zu verantworten und beeinträchtigt die Zukunftschancen der jungen Menschen in Nordrhein-Westfalen ganz erheblich. Mit dem Antrag soll zumindest der Ansatz wieder hergestellt werdeb, der im Entwurf der Landesregierung für 1991 bereits enthalten war.</p> <p>(Deckung bei Kapitel 08 030, Titel 682 10)</p>	Abgelehnt mit den Stimmen von SPD, CDU und F.D.P.
31	F.D.P.	<p><u>Kapitel 08 030</u> - Förderung der Wirtschaft, insbesondere des Mittelstandes</p> <p>Titelgruppe 69 - Finanzierungshilfen zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur (Landesaufgabe)</p> <p>Kürzung des Gesamtansatzes von 83 000 000 DM um 16 000 000 DM auf 67 000 000 DM</p>	Abgelehnt mit den Stimmen der SPD und der CDU gegen die der F.D.P. und der GRÜNEN

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
32	DIE GRÜNEN	<p><u>Kapitel 08 030</u> - Förderung der Wirtschaft, insbesondere Mittelstandes</p> <p>Titelgruppe 69 - Finanzierungshilfen zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur (Landesaufgabe)</p> <p>Kürzung des Gesamtansatzes von 83 000 000 DM um 40 000 000 DM auf 43 000 000 DM</p> <p><u>Begründung siehe Berichtsteil</u></p>	Abgelehnt mit den Stimmen der SPD, der CDU und der F.D.P.
33	DIE GRÜNEN	<p><u>Kapitel 08 030</u> - Förderung der Wirtschaft, insbesondere Mittelstandes</p> <p>Titelgruppe 75 - Förderung der Außenwirtschaft und von Messen</p> <p>Titel 685 75 - Zuschüsse für die Förderung der Außenwirtschaft</p> <p>Kürzung des Ansatzes von 7 500 000 DM um 5 000 000 DM auf 2 500 000 DM</p> <p>Die Kürzung dient der Deckung der beantragten Erhöhung bei Kapitel 08 030, Titel 684 66.</p>	Abgelehnt mit den Stimmen der SPD, der CDU und der F.D.P.

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
34	DIE GRÜNEN	<p>Kapitel <u>08 030</u> - Förderung der Wirtschaft, insbesondere Mittelstandes</p> <p>Titelgruppe 81 - Zuschüsse im Rahmen des Gemeinschaftsprogramms mit der EG zugunsten von Regionen, die von der rückläufigen industriellen Entwicklung schwer betroffen sind - Ziel 2 - (Ländersanteil)</p> <p>Titel 891 81 - Zuschüsse für Investitionen an öffentlichen Unternehmen</p> <p>Kürzung des Ansatzes von 98 304 800 DM um 25 000 000 DM auf 73 304 800 DM</p> <p><u>Begründung siehe Berichtsteil</u></p>	Abgelehnt mit den Stimmen der SPD, der CDU und der F.D.P.
35	DIE GRÜNEN	<p>Kapitel <u>08 030</u> - Förderung der Wirtschaft, insbesondere des Mittelstandes</p> <p>Titelgruppe 82 - Zuschüsse im Rahmen des Gemeinschaftsprogramms mit der EG zugunsten von Regionen, die von der rückläufigen industriellen Entwicklung schwerer betroffen sind - Ziel 2 - (EG-Anteil)</p> <p>Titel 891 82 - Zuschüsse für Investitionen an öffentlichen Unternehmen</p> <p>Kürzung des Ansatzes von 116 215 200 DM um 25 000 000 DM auf 91 215 200 DM</p> <p><u>Begründung siehe Berichtsteil</u></p>	Abgelehnt mit den Stimmen der SPD, der CDU und der F.D.P.

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
36	CDU	<p>Kapitel 08 030 - Förderung der Wirtschaft, insbesondere des Mittelstandes</p> <p>Titelgruppe 94 - Regionalstellen "Frau und Beruf"</p> <p>Kürzung des Ansatzes von 3 187 000 DM um 2 000 000 DM auf 1 187 000 DM</p> <p><u>Begründung:</u> Im Einzelplan 08 sollten nur die Maßnahmen enthalten sein, die direkt auf die Wirtschaft ausgerichtet sind. Die übrigen Maßnahmen sollten im Etat des Ministeriums für die Gleichstellung von Frau und Mann ressortiert sein.</p>	Abgelehnt mit den Stimmen der SPD und der GRÜNEN gegen die der CDU und der F.D.P.
37	F.D.P.	<p>Kapitel 08 030 - Förderung der Wirtschaft, insbesondere des Mittelstandes</p> <p>Titelgruppe 94 - Regionalstellen "Frau und Beruf"</p> <p>Streichung des Ansatzes von 3 187 000 DM</p>	Abgelehnt mit den Stimmen von SPD, CDU und DIE GRÜNEN

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
38	SPD	<p>Kapitel 08 030 - Förderung der Wirtschaft, insbesondere des Mittelstandes</p> <p>Titelgruppe 96 - Programm zur Förderung des Fremdenverkehrs in Nordrhein-Westfalen</p> <p>Die Titelgruppe erhält folgende Zweckbestimmung:</p> <p>"Programm zur Förderung des Tourismus und zu seiner umwelt- und sozialverträglichen Weiterentwicklung in Nordrhein-Westfalen".</p> <p>Es werden folgende Haushaltsvermerke 3 und 4 angefügt:</p> <p>3. <u>Die Ausgaben bei den Titeln der Hauptgruppe 8 sind gegenseitig deckungsfähig.</u></p> <p>4. <u>Die Ausgaben bei den Titeln der Hauptgruppe 8 dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei den Titeln der Hauptgruppen 5 und 6 überschritten werden.</u></p> <p>Haushaltsvermerke Nr. 1 und 2 bleiben unverändert</p> <p>Haushaltsvermerk Nr. 3 wird Nr. 5.</p> <p>Titel 883 96 - Zuweisungen bei Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände</p> <p>Ansatz 250 000 DM</p> <p>Titel 893 96 - Zuschüsse für Investitionen an Sonstige im Inland</p> <p>Ansatz 250 000 DM</p>	



Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
		<p><u>Begründung:</u>  Die SPD-Fraktion fordert in ihrem Antrag "Tourismus mit Einsicht" vom 27. April 1992:</p> <p>"... die Entwicklung eines angepaßten, umwelt- und kulturverträglichen 'Tourismus mit Einsicht' wird zur wichtigsten Aufgabe der Landesregierung in der Tourismuspolitik, die alle anderen Tourismusziele überlagert. ... Für die Entwicklungschancen des Tourismus in Nordrhein-Westfalen ist es ein zwingendes ökonomisches Gebot der Marktorientierung, Natur, Landschaft und regionale Kultur zu erhalten und unter ökologischen und sozialen Gesichtspunkten weiterzuentwickeln."</p> <p>Die Erhöhung der Mittel in Titelgruppe 96 ist für die Weiterentwicklung eines umweltverträglichen Tourismus vorgesehen. Hierzu sind investive Maßnahmen sowie die Durchführung von Modellvorhaben - z. B. die Entwicklung modellhafter "Tourismus-Musterdörfer" in dem vom Strukturwandel bei der Landwirtschaft besonders betroffenen ländlichen Regionen - sowie die Durchführung eines landesweiten Wettbewerbs "Tourismus mit Einsicht" vorgesehen.</p> <p>Die Deckung erfolgt bei Kapitel 08 310, Titel 812 90 (Antrag Nr. 51)</p>	

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
39	DIE GRÜNEN	<p data-bbox="197 1285 229 1585"><u>Kapitel 08 030</u> - Förderung der Wirtschaft, insbesondere des Mittelstandes</p> <p data-bbox="309 658 453 1585">Einrichtung einer neuen Titelgruppe mit der Zweckbestimmung "Regionalförderung im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe Regionale Wirtschaftsstruktur" mit den Titeln</p> <p data-bbox="501 658 564 1585">891 neu "ökologischer und sozialer Umbau für NRW (Landesanteil)</p> <p data-bbox="612 1218 644 1585">Ansatz 75 000 000 DM</p> <p data-bbox="692 658 756 1585">891 neu "ökologischer und sozialer Umbau für NRW (Bundesanteil)</p> <p data-bbox="804 1218 836 1585">Ansatz 75 000 000 DM</p> <p data-bbox="868 972 900 1585">In die Erläuterungen wird aufgenommen:</p> <p data-bbox="948 725 979 1585">"Die Mittel dienen insbesondere den folgenden Aufgaben:</p> <ul data-bbox="979 680 1458 1585" style="list-style-type: none"> <li>- Förderung der eigenständigen Regionalentwicklung im städtischen und ländlichen Raum</li> <li>- Förderung der Brachflächenaufbereitung</li> <li>- Gründung regionaler Entwicklungsgesellschaften im städtischen und ländlichen Raum</li> <li>- ökologische Produkt- und Prozessinnovation</li> <li>- Gründung von ökologischen Gewerbehöfen</li> <li>- Förderung ökologisch orientierter Qualifizierung und Innovation</li> <li>- Förderung der Vermarktung ökologischer Produkte</li> <li>- Aufbau von Berufszentren für arbeitslose Frauen</li> <li>- Förderung der Entmilitarisierung in NRW (Standort- und Rüstungskonversion)"</li> </ul> <p data-bbox="1506 1128 1538 1585"><u>Begründung siehe Berichtsteil</u></p>	<p data-bbox="197 322 293 613">Abgelehnt mit den Stimmen von SPD, CDU und F.D.P.</p>

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
40	DIE GRÜNEN	<p><u>Kapitel 08 030</u> - Förderung der Wirtschaft, insbesondere des Mittelstandes</p> <p>Einrichtung einer neuen Titelgruppe mit der Zweckbestimmung "Regionalförderung im Rahmen des EG-Ziel-2-Programms mit den Titeln</p> <p>891 neu "ökologischer und sozialer Umbau in altindustriellierten Regionen (Landesanteil)</p> <p>Ansatz: 25 000 000 DM</p> <p>891 neu "ökologischer und sozialer Umbau in altindustriellierten Regionen (EG-Anteil)</p> <p>Ansatz: 25 000 000 DM</p> <p>In die Erläuterungen wird aufgenommen:</p> <p>"Die Mittel dienen insbesondere den folgenden Aufgaben:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Förderung der eigenständigen Regionalentwicklung im städtischen Raum</li> <li>- Förderung der Brachflächenaufbereitung</li> <li>- Gründung regionaler Entwicklungsgesellschaften im städtischen Raum</li> <li>- ökologische Produkt- und Prozessinnovation</li> <li>- Gründung von ökologischen Gewerbebetrieben</li> <li>- Förderung ökologisch orientierter Qualifizierung und Innovation</li> <li>- Förderung der Vermarktung ökologischer Produkte</li> <li>- Aufbau von Berufsbildungszentren für arbeitslose Frauen</li> <li>- Förderung der Entmilitarisierung in NRW (Rüstungskonversion)"</li> </ul> <p><u>Begründung siehe Berichtsteil</u></p>	Abgelehnt mit den Stimmen von SPD, CDU und F.D.P.

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
41	DIE GRÜNEN	<p data-bbox="220 1355 252 1585"><u>Kapitel 08_030</u></p> <p data-bbox="220 667 288 1205">Förderung der Wirtschaft, insbesondere des Mittelstandes</p> <p data-bbox="331 875 400 1585">Die Haushaltsvermerke "Die Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig" bei</p> <p data-bbox="520 1361 552 1585">Titelgruppe 61</p> <p data-bbox="595 1227 627 1585">Titelgruppen 76 und 77</p> <p data-bbox="670 1227 702 1585">Titelgruppen 81 und 82</p> <p data-bbox="778 1227 810 1585">Titelgruppen 83 und 84</p> <p data-bbox="853 1350 885 1585">Titelgruppe 85</p> <p data-bbox="928 1227 960 1585">Titelgruppen 86 und 87</p> <p data-bbox="1042 1350 1074 1585">Titelgruppe 96</p> <p data-bbox="1158 1294 1190 1585">werden gestrichen.</p> <p data-bbox="520 674 1110 1205"> "Handlungsrahmen für vom Kohlerückzug betroffene Regionen",  "Umstellung von Eisen- und Stahlrevieren (RESIDER)",  "Von der rückläufigen industriellen Entwicklung schwer betroffene Regionen (EG-Ziel 2)",  "Umstellung von Kohlerevieren (RECHAR)",  "Regionale grenzüberschreitende Zusammenarbeit (Interreg)",  "Förderung des regionalen Forschungs-, Technologie- und Innovationspotentials (STRIDE)" und  "Förderung des Fremdenverkehrs in NRW" </p>	<p data-bbox="220 331 400 607">Abgelehnt mit den Stimmen der SPD gegen die der CDU, der F.D.P. und der GRÜNEN</p>

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
		<p><u>Begründung:</u>  Der Grundsatz der sachlichen Spezialität (Art. 110 GG bzw. 17, 45 der LHO) verlangt eine verbindliche Aufgliederung der Ausgaben nach jeweiligen Zwecken. Eine Abweichung von diesem Grundsatz erfordert eine sachliche Begründung im Einzelfall ( 20 LHO) - eine durch pauschale Deckungsvermerke hergestellte Beliebigkeit zwischen verschiedenen Ansätzen ist unzulässig.</p> <p>Der Landtag hat das Recht, über einzelne Ausgabenansätze zu entscheiden; eine nachträgliche Änderung ist auf dem Wege von überplanmäßigen Ausgaben möglich, falls sich erst nach Verabschiedung des Haushaltsplans eine andere Schwerpunktsetzung innerhalb der Titelgruppe als sachlich zwingend herstellt.</p>	
42	F.D.P.	<p><u>Kapitel 08 040</u> - Technologieprogramm Nordrhein-Westfalen  Titelgruppe 61 - Technologieprogramm Nordrhein-Westfalen</p> <p>Kürzung des Gesamtansatzes  von 120 000 000 DM  um 60 000 000 DM  auf 60 000 000 DM</p>	Abgelehnt mit den Stimmen von SPD und CDU gegen die der F.D.P. und der GRÜNEN

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
43	DIE GRÜNEN	<p>Kapitel 08 040 - Technologieprogramm Nordrhein-Westfalen</p> <p>Titel 682 61 - Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Unternehmen</p> <p>Kürzung des Ansatzes von 20 000 000 DM um 10 000 000 DM auf 10 000 000 DM</p> <p>Titel 683 61 - Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen</p> <p>Kürzung des Ansatzes von 34 500 000 DM um 15 000 000 DM auf 19 500 000 DM</p> <p>Titel 685 61 - Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland</p> <p>Kürzung des Ansatzes von 48 000 000 DM um 25 000 000 DM auf 23 000 000 DM</p> <p><u>Begründung:</u>  Bislang konnte nicht plausibel gemacht werden, daß die Mittel der o.g. Technologieprogramme zielgerecht eingesetzt wurden und nicht nur zu Mitnahmeeffekten geführt haben, wie die jüngst veröffentlichte Studie der Arbeitsgemeinschaft selbständiger Unternehmer (ASU, 12.11.92) belegt.  Demgegenüber gebührt der Förderung der rationalen Energienutzung, die die hohen ökologischen und ökonomischen Folgekosten der heutigen Energieverschwendung vermeidet, höchste Priorität.</p>	Abgelehnt mit den Stimmen von SPD, CDU und F.D.P.

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
44	F.D.P.	<p><u>Kapitel 08 040</u> - Technologieprogramm Nordrhein-Westfalen</p> <p>Titelgruppe 73 - Technologieprogramm NRW, Programm-bereich "Technologieprogramm Bergbau"</p> <p>Kürzung des Gesamtansatzes</p> <p>von 42 700 000 DM</p> <p>um 21 300 000 DM</p> <p>auf 21 400 000 DM</p>	Abgelehnt mit den Stimmen der SPD und der CDU gegen die der F.D.P. und der GRÜNEN
45	DIE GRÜNEN	<p><u>Kapitel 08 040</u> - Technologieprogramm Nordrhein-Westfalen</p> <p>Titelgruppe 73 - Technologieprogramm NRW, Programm-bereich "Technologieprogramm Bergbau"</p> <p>Titel 685 73 - Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland</p> <p>Kürzung des Ansatzes</p> <p>von 42 200 000 DM</p> <p>um 20 000 000 DM</p> <p>auf 22 200 000 DM</p>	Abgelehnt mit den Stimmen von SPD, CDU und F.D.P.

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
46	DIE GRÜNEN	<p>Kapitel 08 060 - Programm "Rationelle Energienutzung" (REN-Programm)</p> <p>a) Es wird ein neuer Titel 099neu "Einnahmen aus der Abwärmeabgabe" eingerichtet und mit 300 000 000 DM ausgestattet</p> <p>b) Es wird ein neuer Titel "Ökologischer Sonderfonds Klimaschutz" eingerichtet und mit 300 000 000 DM ausgestattet.</p> <p>In die Erläuterungen wird aufgenommen:  "Die Ausgaben aus diesem Titel dienen folgenden Zwecken:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Forschung zu rationeller Energienutzung/erneuerbaren Energiequellen 4 Mio DM</li> <li>- Nah- und Fernwärmeausbau (nicht Müllheizkraftwerke) 100 Mio DM</li> <li>- Kommunale Energieprogramme 50 Mio DM</li> <li>- Solarprogramm 100.000 Dächer (Kollektoren und Photovoltaik) 40 Mio DM</li> <li>- Energieagentur NRW 20 Mio DM</li> <li>- Rationelle Energienutzung/erneuerbare Energiequellen (REN) 41 Mio DM</li> <li>- Gewerbeaufsichtsmaßnahmen 30 Mio DM</li> <li>- Maßnahmen der Energieaufsicht 15 Mio DM"</li> </ul> <p><u>Begründung siehe Berichtsteil</u></p>	Abgelehnt mit den Stimmen von SPD, CDU und F.D.P.



Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
47	CDU	<p>Kapitel 08 110 - Nachgeordnete Bergverwaltung  Titel 527 10 - Reisevergütungen für Dienstreisen</p> <p>Kürzung des Ansatzes  von 900 000 DM  um 150 000 DM  auf 750 000 DM</p> <p><u>Begründung:</u>  Die beantragte Kürzung steht im Zusammenhang mit den beantragten Stellenkürzungen</p>	<p>Abgelehnt mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU und der F.D.P.</p>
48	CDU	<p>Kapitel 08 160 - Eichverwaltung  Titel 527 10 - Reisevergütungen für Dienstreisen</p> <p>Kürzung des Ansatzes  von 680 000 DM  um 40 000 DM  auf 640 000 DM</p> <p><u>Begründung:</u>  Die beantragte Kürzung steht im Zusammenhang mit den beantragten Stellenkürzungen</p>	<p>Abgelehnt mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU und der F.D.P.</p>
49	F.D.P.	<p>Kapitel 08 160 - Eichverwaltung</p> <p>Kürzung der Gesamtausgaben  von 26 819 800 DM  um 2 100 000 DM  auf 24 719 800 DM</p>	<p>Abgelehnt mit den Stimmen von SPD, CDU und GRÜNEN</p>

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
50	CDU	<p>Kapitel 08 310 - Staatliches Materialprüfungsamt Dortmund</p> <p>Titel 527 10 - Reisekostenvergütungen für Dienstreisen</p> <p>Kürzung des Ansatzes von 710 000 DM um 75 000 DM auf 635 000 DM</p> <p><u>Begründung:</u> Die beantragte Kürzung steht im Zusammenhang mit den beantragten Stellenkürzungen</p>	Abgelehnt mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU und F.D.P.
51	SPD	<p>Kapitel 08 310 - Staatliches Materialprüfungsamt Dortmund</p> <p>Titel 812 90 - Erwerb von Geräten, Ausstattungsgegenständen und Maschinen</p> <p>Kürzung des Ansatzes von 3 585 200 DM um 500 000 DM auf 3 085 200 DM</p> <p><u>Begründung:</u> Die Ansatzkürzung dient der Deckung der Ansatzserhöhung in der selben Höhe bei Kapitel 08 030, Titelgruppe 96, Fremdenverkehr</p>	Angenommen mit den Stimmen von SPD, CDU und GRÜNEN bei Enthaltung der F.D.P.

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
52	F.D.P.	<p><u>Kapitel 08 310</u> - Staatliches Materialprüfungsamt Dortmund</p> <p>Durch kostendeckende Gebühren und Privatisierung von Auf- gaben soll die Ausgeglichenheit von Einnahmen und Ausgaben hergestellt werden.</p>	Abgelehnt mit den Stimmen der SPD und der CDU gegen die der F.D.P. bei Enthaltung der GRÜNEN



Finanzministerium  
des Landes Nordrhein-Westfalen

Vorlage an den Haushalts- und  
Finanzausschuß des Landtags

- Anlage zu Vorlagen 11/1725  
11/1726 und  
11/1727

Änderungen im Entwurf des Haushaltsplans 1993

Einzelplan 08 - Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie

Anlage:

Änderung in den Haushaltsansätzen

## Anlage 1:

## Änderungen in den Haushaltsansätzen

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf DM	mehr weniger DM	(+) (-)	neuer Ansatz DM
08 030  661 10	<p><u>Förderung der Wirtschaft, insbesondere des Mittelstandes</u></p> <p>Kreditprogramm zur Förderung von kleinen und mittleren Unternehmen in NRW (KMU-Programm NRW)</p> <p>1. Die Ausgaben dürfen bis zu <u>5.000.000 DM der Einsparungen bei Titel 661 69 überschritten werden.</u></p> <p>- Die bisherigen Haushaltsvermerke 1 und 2 erhalten die Nummern 2 und 3 -</p> <p>- Verpflichtungsermächtigung unverändert</p>				
TGr. 96	<p>Programm zur Förderung des <u>Tourismus</u> und zu seiner <u>umwelt- und sozialverträglichen Weiterentwicklung in Nordrhein-Westfalen</u></p> <p>- Haushaltsvermerke Nrn. 1 und 2 unverändert -</p> <p>3. Die Ausgaben bei den Titeln der <u>Hauptgruppe 8 sind gegenseitig deckungsfähig</u></p> <p>4. Die Ausgaben bei den Titeln der <u>Hauptgruppe 8 dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei den Titeln der Hauptgruppen 5 und 6 überschritten werden</u></p>		-unverändert-		

Einzelplan 08: Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie

Anlage 1: Änderungen in den Haushaltsansätzen

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf DM	mehr weniger DM	(+) (-)	neuer Ansatz DM
883 96	Der bisherige Haushaltsvermerk Nr. 3 erhält die Nummer 5		+ 250.000		250.000
893 96	<u>Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände</u> <u>Zuschüsse für Investitionen an Sonstige im Inland</u>		+ 250.000		250.000
<u>08 310</u>	Summe Titelgruppe 96	3.200.000	+ 500.000		3.700.000
TGr. 90	<u>Staatliche Materialprüfungsamt Dortmund</u> <u>Anpassung der technischen Ausstattung an die Erfordernisse des europäischen Binnenmarktes</u>				
812 90	Erwerb von Geräten, Ausstattungsgegenständen und Maschinen - Verpflichtungsermächtigung: unverändert -	3.585.200	- 500.000		3.085.200
	Summe Titelgruppe 90	4.137.200	- 500.000		3.637.200

Einzelplan 08: Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie

Anlage 1: Änderungen in den Haushaltsansätzen

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf DM	mehr weniger DM	(+) (-)	neuer Ansatz DM
	<u>Einzelpläne 08:</u>				
	Gesamteinnahmen:	595.885.800	-		595.885.800
	Gesamtausgaben:	3.121.322.100	-		3.121.322.100
	Verpflichtungsermächtigungen:	1.259.539.000	-		1.259.539.000